



## **FRAGE**

---

**Die Koalitionsspitzen haben sich auch mit Blick auf die jüngste Steuerschätzung am Sonntag auf ein Konzept zur steuerlichen Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen geeinigt. Nach den Plänen soll der Grundfreibetrag 2013 und 2014 in zwei Stufen um rund 350 Euro erhöht und die Steuerstufen entsprechend verschoben werden.**

**Halten Sie diese Entlastung für richtig?**

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Deutschland hat noch immer Schulden.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist ja eigentlich keine Steuersenkung, sondern nur die Vermeidung einer automatischen Steuererhöhung aufgrund der Progression. Das ist angemessen und auch finanzierbar.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Konsumrelevante Schichten müssen entlastet werden.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

So kann der Effekt der kalten Progression neutralisiert werden.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Sie kompensiert die kalte Progression und verhindert damit ein Erschlaffen der Arbeitsanreize

**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/ Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Schuldenkonsolidierung hat oberste Priorität.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die kalte Progression führt langfristig dazu, dass alle Einkommen höher versteuert werden, obwohl sie real evtl. gar nicht gestiegen sind (Bruttoeinkommenserhöhung als Inflationsausgleich). Es wäre zu überlegen, ob man Freigrenze und Steuerstufen nicht automatisch jährlich an die Inflation anpassen sollte.

**PD Dr. Jochen Kurt Hartwig** Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Solange dadurch nicht die Rückführung des strukturellen Defizits bis 2016 gefährdet wird – und das ist mit diesen Plänen nicht der Fall –, ist eine steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen begrüßenswert.



**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Wenn es um Einnahmeverbesserungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisen geht, dann ist eine klare, ehrliche Steuererhöhung angesagt, denn der direkte Problembezug steigert Opferbereitschaft und Akzeptanz der Steuererhöhung, wie seinerzeit beim Soli.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Warum der FDP diesen Liebesdienst erweisen? Die reißt doch nächstes Mal sowieso die 5-Prozent-Hürde. Es ist jetzt absolut nicht die Zeit, die Staatseinnahmen zu senken.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist allerdings zweifelhaft, dass die Betroffenen davon viel merken werden.

**Prof. Dr. Stefan Traub** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Abgesehen von der steuerpolitisch vernünftigen Bekämpfung der kalten Progression gibt es wegen der Schuldenbremse und erheblicher Haushaltsrisiken für die nächste Jahre keinen Entlastungsspielraum.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine mäßige Entlastung ist vertretbar in Anbetracht der kalten Progression.

**Prof. Dr. Till Requate** Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Es ist ein kleiner Schritt, der kalten Progression entgegenzuwirken.

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die gegenwärtigen Steuereinnahmen sind zu einem guten Teil konjunktureller Natur. Sie sollten daher nicht für dauerhafte Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung herangezogen werden.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein systematischer Inflationsausgleich ist erforderlich; die Begründung daher fraglich.

**Prof. Dr. Ulrich Pfister** Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Staatsausgaben, insbesondere Bildungs- und Sozialausgaben, sind tendenziell sozial regressiv.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Das ist reine Wahltaktik.



**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Konsolidierung hat Vorrang.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Wir haben andere Sorgen als mikroskopische Steuersenkungen.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Konjunkturelle Effekte können keine dauerhaften Steuersenkungen refinanzieren; das geht nur durch Ausgabensenkungen!

**Dr. Hans Jäckel** Leiter Volkswirtschaft, DZ Bank:

Die Entlastung ist kaum spürbar und der negative Effekt auf die Staatsverschuldung wird die Bürger eher beunruhigen. Außerdem ist dies wieder kein Schritt in Richtung Systemvereinfachung,

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Eigentlich ist die Korrektur der "kalten Progression" zwar sinnvoll, doch sendet sie inmitten der Staatsschuldenkrise ein falsches Signal.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Angesichts der Inflation ist dies gerechtfertigt.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das Finanzvolumen ist überschaubar und eine Dämpfung der kalten Progression der Einkommensteuer ist – trotz des anhaltenden Konsolidierungsbedarfs bei den öffentlichen Finanzen – ein wichtiges Element einer sinnvollen Finanzverfassung. Beim Timing der Entlastung spielt politisch sicherlich auch der Termin der nächsten Bundestagswahl eine Rolle, umso wichtiger ist es, wenn zu dieser Frage auch eine Regelbindung mit längerfristiger Wirkung errichtet wird.

**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal Consors:

Allerdings fällt die Entlastung zu gering aus. Der Staat erzielt Einnahmen auf Rekordniveau, dennoch kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden. Damit eine Verbesserung der Schuldensituation erreicht wird, bedarf es mehr Wirtschaftswachstums. Dies muss durch einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft erreicht werden, sprich Verringerung der Staatsaus- und aufgaben sowie Senkung der Steuern.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Verstärkt den Sparzwang beim Staat und lässt das Geld bei den Leuten, die das Geld verdient haben.



**Prof. Dr. Joachim Wilde** Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Eine regelmäßige Anpassung des Grundfreibetrags sollte eigentlich selbstverständlich sein.

**Prof. Dr. Christian Pfeifer** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Die Steuerentlastung ist politisch und nicht ökonomisch motiviert.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Steuerentlastungen können wir uns nicht leisten. Die bedrohliche Situation auf den Finanzmärkten sollte auch Deutschland zum (drastischen) Sparen mahnen.

**Prof. Dr. Dirk Sauerland** Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Die Tilgung der Staatsschulden sollte Vorrang haben vor 'Wahlgewinnen'.

**Dr. Ralph Wiechers** Chefvolkswirt – Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Grundsätzlich eigentlich ja, aber mit Ausnahme der verfassungsrechtlich gebotenen Anhebung des Grundfreibetrages gibt es aktuell Wichtigeres. Zudem sollten die grundlegenden Überlegungen zum Progressionsverlauf, Stichwort: Mittelstandsbauch, sowie zur Beseitigung der kalten Progression konzeptionell solide sein, also vornehmlich steuersystematischen Überlegungen folgen und nicht schon das Hin und Her des politisch Machbaren vorwegnehmen.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

In der gegenwärtigen Konjunkturlage sollte der Konsum gestärkt werden.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Irgendwann muss – wenn auch bescheiden – mit der Beseitigung des Ärgernisses der kalten Progression und der heimlichen Steuererhöhungen angefangen werden.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die verfügbaren Realeinkommen sind seit Jahren nicht gestiegen; dies regt die Binnennachfrage an, was angesichts der Krisen Europas notwendig ist und entlastet die sozialen Sicherungssysteme tendenziell.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Eine solche Entlastung dient – in bescheidenem Maße – der Steuergerechtigkeit und Steuerakzeptanz.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA – Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Konsolidierung geht vor. Eine Verschlechterung der Einnahmen und leider auch der Ausgabensituation ist schon absehbar.



**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es ist ein Zugeständnis der Regierung an die FDP. Besser wäre es, das Geld für die Schuldentilgung zu verwenden. Allerdings ist der Betrag ja auch nicht dramatisch hoch und die Einigung trägt vermutlich zum Koalitionsfrieden bei.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Es gibt hier eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Jein. Im Moment sehe ich wenig Spielraum für eine Steuerentlastung, die nicht durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert ist. Gäbe es eine solche Gegenfinanzierung, würde die Entlastung für kleinere und mittlere Einkommen Sinn machen.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Von allen steuerlichen Maßnahmen hat eine Entlastung der niedrigen Einkommen den größtmöglichen positiven Effekt auf das Wachstum.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine Verschiebung des Steuertarifs ist geboten, um der Steuer Mehrbelastung zu kompensieren, die ansonsten bei höherer Inflation drohen würde. Die Erhöhung des Grundfreibetrags ist ohnehin geboten. Die Kosten des Paketes sind moderat, so dass keine großen Löcher in den Staatshaushalt gerissen werden.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Grundsätzlich ist es nötig, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen. Dazu zählt die Reduzierung der kalten Progression.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Entlastung ist in der Tendenz richtig, im Umfang aber zu gering. Die Beschleunigung der Progression bei unteren und mittleren Einkommen wird hierdurch nicht beseitigt.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es handelt sich um eine Vermeidung "heimlicher" Steuererhöhungen.

**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Das ist nicht die Zeit für Steuersenkungen!

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Das ist im wesentlichen symbolische Politik, aber immerhin ein Ansatz, Entlastungszusagen einzuhalten.



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die politische Maßnahme widerspricht dem Ziel, die deutlich überhöhte Schuldenquote auf ein Normalmaß zurückzuführen.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Diese Senkung bringt gesamtwirtschaftlich nicht viel.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Aufgrund der schwachen Konjunktur und der niedrigen Zinsen für deutsche Staatsanleihen ist eine steuerliche Entlastung zum Anschlag der Binnenkonjunktur keine schlechte Idee, auch wenn es sicher nicht so gedacht ist.

**Prof. Dr. Michael Bräuninger** Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH :

Es gibt einen Vorrang der Konsolidierung.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Es ist richtig, dass die Tarifeckwerte in der Einkommenssteuer 2013 und 2014 erhöht werden. Dadurch werden die Einkommensteuerpflichtigen nicht entlastet, sondern heimliche Steuererhöhungen ausgeglichen. Die Regierung trägt mit der Tarifkorrektur dafür Sorge, dass real gleiche Einkommen im Laufe der Zeit gleich belastet werden. Und sie trägt dazu bei, dass das Steuersystem als gerecht empfunden wird und eine entsprechend höhere Akzeptanz erhält.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Man muss in der derzeitigen Situation dem Schuldenabbau absolute Priorität einräumen, sonst wird die Politik unglaubwürdig.

**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, (HWWI):

Bei den Steuerentlastungen handelt es sich lediglich um eine Korrektur der kalten Progression, die in mehrjährigen Abständen vorgenommen werden sollte.

## **FRAGE**

---

**Um die kalte Progression zu bekämpfen, sehen die Pläne auch einen Inflationsfaktor vor. Danach sollen die Steuerstufen künftig jeweils entsprechend der Inflationsrate angepasst werden. Sollte es einen solchen automatischen Inflationsausgleich geben?**

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die kalte Progression ist eine dauerhafte implizite Steuererhöhung, die in der Tat vermieden werden sollte.



**Prof. Dr. Renate Ohr** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Da wir davon ausgehen müssen, dass wir künftig nicht mehr vor höheren Inflationsraten gefeit sind, sollte man der traurigen Realität ins Auge schauen und daraus resultierende weitere Umverteilungen möglichst verhindern.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Endlich mal eine sinnvolle Strukturreform anstelle der üblichen Flickschusterei. Wenn die Hartz-IV-Einkommen regelmäßig an die Inflation angepasst werden, dann ist das auch sachgerecht für die Steuerbelastung der zahlenden Bürger.

**Martin Lück** Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Steuerprogression ohne Inflationsausgleich führt zu Verzerrungen.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Der Grundgedanke ist richtig, aber die Erfahrungen in lateinamerikanischen Ländern haben gezeigt, dass Indexierung die Inflationsdynamik verstärkt. Vielleicht ist die Indexierung tatsächlich eine Vorboten für künftige hohe Inflationsraten. Die Politik der EZB seit 2010 lässt das erwarten.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Damit würde das Steuerrecht an Rechtsqualität gewinnen und in einem wichtigen Punkt diskretionärer politischer Entscheidung entzogen.

**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es wäre schon vor 30 Jahren sinnvoll gewesen, so etwas zu machen.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Das ermöglicht die Konzentration der Politik und Verwaltung auf die wirklich dringenden politischen Aufgaben – Zeit und Ressourcen für Politikgestaltung sind ein knappes Gut.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Kalte Progression und versteckte Steuererhöhungen müssen stets kompensiert werden, denn schleichende Steuererhöhungen fördern Steuervermeidung und -hinterziehung. Mehr Ehrlichkeit in der Steuerpolitik stabilisiert aber das gesamte System.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die kalte Progression ist einerseits eine fortwährende Steuererhöhung ohne parlamentarische Absegnung und andererseits ein schleichender Rückschritt in eine letztlich undifferenzierte, uniforme Besteuerung.



**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik,  
Universität Siegen:

Immerhin ein Ansatz, die kalte Progression zu bekämpfen.

**Prof. Dr. Stefan Traub** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft,  
Universität Bremen:

Aus Gründen der vertikalen Gerechtigkeit ist die Anpassung des Steuertarifs an die Inflationsrate  
wünschenswert.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales  
Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine automatische Anpassung erzeugt eine Inflationsmentalität.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität  
Münster:

Der Schritt ist längst überfällig.

**Prof. Dr. Ulrich Pfister** Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für  
Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein Inflationsausgleich hilft, die Umverteilungswirkung der Besteuerung konstant zu halten.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie,  
Johannes-Gutenberg-Universität:

Die scala mobile unseligen italienischen Gedenkens ist aus guten Gründen wieder abgeschafft  
worden. Ein solcher "Inflationsfaktor" wirkt inflationsbeschleunigend, weil er Widerstände gegen  
Inflationierung torpediert.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-  
Universität Freiburg:

Der ist Schritt ist konsequent im Steuer und Transferbereich!

**Dr. Hans Jäckel** Leiter Volkswirtschaft, DZ Bank:

Ich bin Anhänger der alten Bundesbank-Position: Inflation sollte vermieden werden, nicht  
eingerechnet.

**Prof. Dr. Horst Schellhaab** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Politiker sollten nicht automatisch höhere Steuereinnahmen bekommen, wenn sie die Inflation  
zulassen.

**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal  
Consors:

Langfristig führt die kalte Progression zu einer deutlichen Mehrbelastung der Steuerzahler.  
Außerdem wird dadurch die Steuerlast stärker auf kleine und mittlere Einkommen gelenkt, was  
dem ursprünglichen Gedanken der Steuerprogression zuwider läuft.





**Prof. Dr. Joachim Wilde** Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Es sollte die Möglichkeit bestehen bleiben, inflationsbedingte Steuermehreinnahmen für den Schuldenabbau oder für die Lasten aus der Staatsschulden-Krise zu verwenden.

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Ein solcher Automatismus macht eine solide Steuerschätzung noch schwieriger. Steuerrecht muss verlässlich sein und darf nicht durch externe Daten beeinflusst werden, die der Gesetzgeber gar nicht kontrollieren kann.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die kalte Progression sollte eindämmt werden.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Ich sehe keine andere Möglichkeit, um der heimlichen Bereicherung des Staates entgegenzuwirken, es sei denn, der "Kirchhoff-Tarif" würde doch noch umgesetzt; daran glaube ich jedoch nicht.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Dieses ist seit Jahren überfällig. Die seit Jahren derart steigende Steuerbelastung der Bürger ist kontraproduktiv (u.a. bezüglich der Binnennachfrage) und weitet nur die Spendierhosen/-röcke der Politik. Die Gefährdung im Sinne einer nachlassenden Inflationsaversion ist nicht mehr bedeutsam, wir werden die südeuropäischen Inflationsraten übernehmen müssen.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Das macht Sinn, besonders in Zeiten höherer Geldentwertung. Es unterscheidet sich klar von der – eher gefährlichen – Indexierung der Zinsen oder Löhne.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ein Inflationsfaktor erscheint fair, schränkt aber den Spielraum der Politik ein. Gäbe es keine Schuldenbremse, könnte er eine Tendenz zu höherer Verschuldung implizieren. Gemeinsam mit der Schuldenbremse halte ich den Inflationsfaktor für richtig.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Eine Anpassung sollte sich an den Inflationszielen, nicht an der vergangenen Inflation orientieren.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Ohne Inflationsfaktor würde die Steuer mehrbelastung bei anziehender Inflation allein wegen der Progression steigen.



**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die kalte Progression ist unsozial, trifft die unteren Einkommen und gehört seit längerem abgeschafft.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Eine Indexierung ist nicht vorteilhaft, weil man ohnedies elegant die Steuern erhöhen kann. Das ist keine Kritik, sondern ein Vorteil.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Eine automatische Anpassung ist besser als fallweise Eingriffe, die letztlich der Willkür Tür und Tor öffnen.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Dadurch ist eine Verringerung einer ungerechten Vermögensumverteilung möglich.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Die Einführung eines Inflationsfaktors würde einen wichtigen automatischen Stabilisator zerstören, der durch höhere Steuereinnahmen im Boom die Konjunktur bremst und sie durch eine niedrigere Steuerlast im Abschwung stützt.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der automatische Ausgleich führt zu unerwünschten Verzerrungen z.B. bei Rohstoffpreis-bedingten Veränderungen des Preisniveaus.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Eine automatische Anpassung nicht nur des Tarifs, sondern auch der Freibeträge und Freigrenzen würde die Glaubwürdigkeit einer jeden Regierung bei der Steuerpolitik erhöhen. Statt in regelmäßigen Abständen etwas als Steuerreform und Entlastung der Bürger zu verkaufen, was nur Rückgabe inflationsbedingter Mehreinnahmen ist, könnte sich die Regierung auf wirkliche Verbesserungen im Steuersystem konzentrieren. Dazu gehört z.B. die Verringerung von Substanzsteuern oder der Abbau von Ausnahmetatbeständen zugunsten eines einfacheren Steuerrechts.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Jeder Interventionismus öffnet Spielraum für willkürliche Politik in diesem Feld. Man sollte daher eine Regel einziehen.

**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Auch die Einkommensentwicklung wird von der Inflation beeinflusst. In sofern enthalten viele Einkommenssteigerungen auch eine Inflationskomponente, die besteuert werden könnte. Allerdings gibt es auch Einkommen wie z. B. Renten oder Arbeitslosenunterstützung, die keinen oder allenfalls einen teilweisen Inflationsausgleich enthalten.

## **FRAGE**

---

**Die Vereinbarung sieht auch eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte vor. Diese soll vor allem die Versorgung von Demenzkranken verbessern. Ist die umlagefinanzierte Pflegeversicherung damit ausreichend, um langfristig das angestrebte Pflegeniveau zu sichern?**

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Leistungsausweitungen auf der einen Seite müssten Leistungskürzungen auf der anderen gegenüber stehen, nicht aber eine Beitragssatzerhöhung. Die Pflegeversicherung hat schon heute enorme finanzielle Verpflichtungen gegenüber zukünftig Pflegebedürftigen, die sie bei Weitem nicht decken kann. Wie soll da eine Leistungsausweitung eine "Reform" sein?

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist immerhin ein Einstieg, mehr konnte man zur Zeit finanziell und politisch wohl nicht erwarten.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Um das Pflegeniveau zu sichern, würde es des Aufbaus eines Kapitalstocks bedürfen.

**Prof. Dr. Xenia Matschke** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Mittelfristig wird man sich auf deutlich höhere Beiträge einstellen müssen, da die Lebenserwartung ansteigt und im höheren Lebensalter prozentual mehr Pflegefälle auftreten.

**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Kosten für Krankenversorgung im Alter werden mit dem technisch-medizinischen Fortschritt auf diesem Gebiete explodieren.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Eine überalternde Gesellschaft hat mit höheren Krankheits- und Pflegekosten zu rechnen, da die verschleißbedingten Krankheiten zunehmen. Die Umlagefinanzierung verteuert auf Dauer den Produktionsfaktor Arbeit, was langfristig nur durch extreme Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden kann; andernfalls erhöht es die Arbeitslosigkeit wegen Abwanderung von Industrien. Wir müssen generell über eine völlig alternative Finanzierungsform nachdenken (bspw. Kapitalbesteuerung, Konsumbesteuerung, Finanzmarktsteuer, etc).

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Allerdings sollten solche Erhöhungen stets mit einer kritischen Überprüfung der Sozialbürokratie einhergehen.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die Zweckbindung ist fragwürdig, aber die Erhöhung ist dringend geboten.



**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik,  
Universität Siegen:

Die Kosten werden sicher viel mehr steigen, als es diese Erhöhung der Beiträge ausgleichen kann.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität  
Münster:

Die grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist noch zu leisten. Hier handelt es sich lediglich um das Fortschreiben der bisherigen Absicherungsform.

**Prof. Dr. Peter Oberender** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie,  
Universität Bayreuth:

Die demographische Entwicklung erfordert andere – grundsätzliche – Lösungen!

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-  
Universität Freiburg:

... und sie war es nie!

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Dies deckt nur einen kleinen Teilbereich der Pflege und ihrer Finanzierungsprobleme ab.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die soziale Pflegeversicherung war von Anfang an nur als Teilversicherung für die jeweils anfallenden Pflegekosten konzipiert, auch wenn das selten offen ausgesprochen wurde. Die Leistungen wurden zunächst gar nicht, seit 2007 und in Zukunft – unter Berücksichtigung gewisser Leistungsausweitungen im Bereich Demenzerkrankungen – ungefähr mit einem Inflationsausgleich angepasst. Im Vergleich zu laufenden Pflegekosten sinkt das Sicherungsniveau daher tendenziell immer weiter ab.

**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal  
Consors:

Mit dem zunehmenden Anteil von alten Menschen in der Bevölkerung und den steigenden Kosten im Pflegebereich ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Kosten damit gedeckt werden können.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ohne stärkere private Beteiligung geht es nicht

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Mit der demographischen Entwicklung und weiter steigenden Kosten droht eine latente Unterfinanzierung der Pflegeversicherung.

**Dr. Ralph Wiechers** Chefvolkswirt – Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Wahrscheinlich nicht...



**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der Staat verhebt sich grundsätzlich, wenn er glaubt die Pflegeversicherung über Abgaben stemmen zu können. Mehr private Vorsorge tut not!

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Dass das nicht reicht, hat schon die Entwicklung der Vergangenheit zur Genüge gezeigt.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Derart versucht die Politik wieder zu schummeln. Der Staat hat auch eine Aufgabe einer Sicherung eines Lebens in Würde auch im Alter – und nicht der großzügigen (direkten und versteckten) Finanzierung von riesigen Politikfehlern Dritter.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Nein, das ist nur ein Einstieg. Weitere, auch nicht-monetäre Maßnahmen müssen folgen.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA – Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Die Demographieabhängigkeit der Pflegversicherung ist enorm. Selbst ohne Leistungsausweitungen sind Beitragssatzerhöhungen mittelfristig unvermeidlich.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Angesichts der demografischen Entwicklungen wird es auf Dauer keinesfalls ohne eine signifikante zusätzliche kapitalgedeckte Vorsorge gehen.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Kosten für die Pflege steigen dafür viel zu rasch an.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Alterung der Bevölkerung dürfte künftig einen wesentlich höheren Beitragssatz erfordern, um das Pflegeniveau zu sichern.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Bereits 1994 war klar, dass die Pflegeversicherung unter Unterfinanzierung leiden würde.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Angesichts der demografischen Entwicklung wäre es bereits seit längerem erforderlich gewesen, die Finanzierung der Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Elemente zu ergänzen.



**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die Pflegeversicherung ist nach wie vor unterfinanziert. Sie müsste von nicht-Kernaufgaben entlastet, aber zugleich im Versicherungsbeitrag erhöht und vom Bund bezuschusst werden.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Gewiss noch nicht. Außerdem sind verwendungsgebundene Beitragserhöhungen (Demenz) ordnungspolitisch unsauber.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die Erhöhung ist für eine langfristige Sicherung nicht ausreichend, obwohl ein notwendiger Teilschritt.

**Prof. Dr. Manfred Königstein** Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Die Ausgaben für Pflege werden langfristig steigen, sollten jedoch über ergänzende private Vorsorge finanziert werden.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Die Beitragssatzerhöhung belastet den Faktor Arbeit und stellt keine nachhaltige Lösung dar. Immerhin wird künftig durch freiwillige, kapitalgedeckte private Vorsorge die Stabilisierung der Pflegeversicherung gegen den demografischen Wandel begonnen.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Technischer Fortschritt und Demografie sowie Mindestlöhne werden die Kosten weiter steigen lassen.

**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre ich eher pessimistisch, zumal ja auch die Leistungen offenbar ausgebaut werden sollen.

## **FRAGE**

---

**Die CDU-Spitze um Bundeskanzlerin Angela Merkel will entgegen früheren Aussagen nun doch eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze für Bereiche einführen, in denen es bislang keinen tarifvertraglich festgelegten Lohn gibt. Nach den Vorstellungen soll sich eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf einen Mindestlohn festlegen, der sich am Tarifabschluss von Zeitarbeitnehmern von 7,79 Euro (Westdeutschland) bzw. 6,89 Euro (Ostdeutschland) orientiert.**

**Halten Sie einen solchen Mindestlohn für richtig?**



**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es müssten dafür zumindest die branchenspezifischen Mindestlöhne abgeschafft werden, denn für diese gibt es dann keine sozialpolitische Rechtfertigung mehr. Zudem ist der angestrebte Mindestlohn viel zu hoch.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Grundsätzlich sind gesetzliche Mindestlöhne eher problematisch. Wenn der Mindestlohn aber hinlänglich niedrig gewählt wird, kann er nicht viel Schaden anrichten.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Jeder Mindestlohn erzeugt Arbeitslosigkeit und beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts.

**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die zunehmende Schere von Hoch- und Niedriglohnbeziehung geht zu weit auseinander, um im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft noch sozialen Frieden ohne Mindestlohnregulierung sicherstellen zu können.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es gibt keinen empirischen Beweis dafür, dass der Minimallohn die Arbeitslosigkeit erhöht.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Mindestlohnforderungen sind politischer Mummenschanz, denn Mindestlöhne – das ist der Lehrstoff des ersten oder zweiten Semesters – verdrängen genau dort Arbeitsplätze, wo gering qualifizierte Arbeitskräfte noch Beschäftigung finden könnten.

**Prof. Dr. Claus Schnabel** Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Wenn man einen Mindestlohn will, sollte man die Festlegung seiner Höhe einer unabhängigen Kommission aus Fachleuten überlassen. Ein erfolgreiches Vorbild wäre hier die *Low Pay Commission* in Großbritannien.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Mindestlöhne kosten zwar Jobs, aber, wie man in Nachbarländern sah, nur sehr wenige. Anstelle der Tarifparteien sollte allerdings das Parlament deren Höhe festlegen.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es wird für die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten eher negative Effekte haben und tendenziell gerade in diesem problematischen Segment die Arbeitslosigkeit erhöhen.



**Prof. Dr. Stefan Traub** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Ein Mindestlohn oberhalb des Marktlohns vernichtet Arbeitsplätze; hingegen wäre ein Mindestlohn zur Armutsbekämpfung sinnvoll.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ein Mindestlohn in dieser Form erhöht die Arbeitslosigkeit.

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Ein allgemeiner Mindestlohn ohne Ansehen der Tätigkeit verdrängt Arbeitsplätze in Branchen mit niedriger Produktivität.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das Tarifvertragssystem ist für die Lohnfindung zuständig und keine "Kommission".

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Das verhindert eine Abwärtsspirale im Bereich der "Aufstocker", weil die Unternehmen ohne Untergrenze einen Anreiz haben, dem Sozialsystem die Lasten aufzudrücken.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Und was ist mit denen, die zu diesem Lohn keine Beschäftigung finden?

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Wir benötigen einen Mindestlohn allein schon deshalb, weil Aufstocker im Hartz-IV-System perverse Anreize an Arbeitgeber geben Löhne zu senken. Dies würde durch einen Mindestlohn verhindert.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Mindestlohn ist zu hoch – die Höhe müsste sich am ALG-II-Niveau orientieren.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Mindestlohn wird die Gruppen der gering Qualifizierten negativ treffen.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Dann werden die Arbeitsplätze für Geringqualifizierte knapp.





**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das avisierte Niveau ist gemessen an existierenden Tarifabschlüssen für unterste Lohngruppen im Westen und v.a. im Osten hoch. Problematischer ist noch die politische Dynamik (sofortige Forderungen nach Ost-West-Angleichung etc.), die mit einem solchen Instrument ausgelöst wird. Die Frage der praktischen Kontrollier- und somit Durchsetzbarkeit ist ebenfalls völlig offen.

**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal Consors:

Der Staat sollte nicht immer mehr Bereiche reglementieren. Zudem zeigen aktuelle Studien, dass Mindestlöhne die Schwelle zur Rückkehr für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Entweder ist er so niedrig, dass er nichts bewirkt, oder so hoch, dass Arbeitslosigkeit entsteht. In beiden Fällen also schädlich bzw. überflüssig

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der Mindestlohn entlastet die sozialen Geldtöpfe und führt zu mehr sozialer Gerechtigkeit sowie sozialem Frieden im Land.

**Dr. Ralph Wiechers** Chefvolkswirt – Abteilungsleiter Volkswirtschaft und Statistik, VDMA:

Fragwürdig ist insbesondere das Procedere der Festlegung eines solchen Mindestlohnes durch die angeblich unabhängige Kommission. Einerseits will man den Konstrukt der Tarifautonomie nicht antasten. Andererseits werden sich die politischen Parteien spätestens vor einer Wahl mit Forderungen nach Anhebung dieser Lohnuntergrenze gegenseitig überbieten. Diese Politisierung spricht der Tarifautonomie Hohn.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Arbeit muss sich lohnen. Außerdem sinken schon seit Jahren die Nettoeallöhne in Deutschland, was schlecht für die Konsumnachfrage ist.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Entweder fallen dann Jobs weg oder die Schwarzarbeit steigt.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Diese Maßnahme vernichtet und vertreibt mobile (nicht immobile) Arbeitsplätze. Es ist die Folge, neben den Überlegungen zum Machterhalt, einer politisch gewollten Wettbewerbsschwächung Deutschlands zugunsten europäischer Nachbarn.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Ja, solange der Mindestlohn von den Tarifpartnern ausgehandelt wird und eine bestimmte Höhe nicht überschreitet.



**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik",  
MEA – Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Es kommt immer auf die Höhe an. Liegt er bei 6 Euro, dürfte er unschädlich sein, verhindert aber zumindest zum Teil Arbeitsverträge zuungunsten Dritter, nämlich der Steuerzahler, die für die Aufstockungszahlungen im Rahmen der Grundsicherung aufkommen müssen.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ich bin unschlüssig. Auf der einen Seite stört ein allgemein verbindlicher Mindestlohn die Marktkräfte und könnte zu ökonomischen Fehlsteuerungen führen (wie z.B. zu Hindernissen Arbeitskräfte einzustellen und zu Abwanderungen von Aktivitäten ins Ausland), auf der anderen Seite ist unter Sozialaspekten nachvollziehbar, dass eine Vollzeitarbeit einen Lebensunterhalt finanzieren können sollte.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle  
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ökonomen lehnen Mindestlöhne mit sehr guten Gründen ab. Tatsächlich führt ein zu hoher Mindestlohn zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit. Warum kann man dann einen Mindestlohn für richtig erachten? Weil er nur einen sehr kleinen Prozentsatz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft, weil diese vor allem in Bereichen beschäftigt sind, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen und weil der Mindestlohn auch ein wichtiges Vertrauenssignal sendet. Letzteres wird oft übersehen: Arbeitnehmer wissen, dass sie keinen Dumpinglohn fürchten müssen; Arbeitgeber wissen, dass sie nicht mehr des Lohndumpings bezichtigt werden können.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität  
Viadrina Frankfurt/Oder:

Beim Mindestlohn kommt es auf die Höhe an. Ein Lohn von 7,79/6,89 € scheint mir angemessen. Damit wird Beschäftigung nicht in großem Umfang verdrängt. Und auf der anderen Seite können die öffentlichen Kassen entlastet werden, weil Aufstockungsgelder entfallen.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:  
Ein Mindestlohn passt nicht in die Soziale Marktwirtschaft.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die ökonomischen Folgen eines Mindestlohns hängen sehr stark von seiner Höhe ab. Klar ist, dass ein zu hohes Niveau negative Beschäftigungseffekte auslöst. Auf jeden Fall muss sein Niveau die Besonderheiten der jeweiligen Branche in Rechnung stellen.

**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik  
(iino), Universität Bremen:

Es sollte bedacht werden, dass sich Deutschland im letzten Jahr dem G8-Verfahren der gegenseitigen Kontrolle der Wettbewerbsfähigkeit/Wettbewerbsverzerrung unterworfen hat. Wer das tut, muss auch den Schritt zum OECD-üblichen Mindestlohn machen. Das hat Frau Merkel verstanden.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:  
Es gibt nicht ein einziges neues Argument zugunsten von Mindestlöhnen.



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Frage ist, wer vom Mindestlohn profitiert und wer verliert. Verlierer ist der untere Lohnsektor auf dem Weg zu höherer Arbeitslosigkeit.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Branchenspezifische Mindestlöhne sollten, wenn schon, angestrebt werden.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Ein Mindestlohn wird wohl eher Profite senken als Arbeitsplätze vernichten, wenn man den jüngsten Studien glaubt. Gerade jetzt würde ein Mindestlohn auch die Binnenkonjunktur stützen und als nominaler Anker des Preisniveaus fungieren.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Die Diskussion über einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn ist gefährlich. Zu hohe Mindestlöhne bremsen Beschäftigung und fördern Schwarzarbeit.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das vereinbarte Mindestlohniveau wird in einigen Bereichen Arbeitsplätze vernichten. Schlimmer ist aber, dass nun solch eine Untergrenze permanent politisch verhandelt wird.

**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Eine Vollzeitbeschäftigung sollte ausreichen, den Lebensunterhalt zu sichern.

## **FRAGE**

---

**Welche Folgen hätte dieser Mindestlohn für den Arbeitsmarkt auf Sicht von ein bis zwei Jahren?**

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Er wird viele Arbeitsplätze von Nebenverdienern und Aufstockern vernichten oder in die Illegalität treiben. Das zeigen auch praktisch alle ernstzunehmenden empirischen und theoretischen Studien dazu.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Geringere Beschäftigung scheint das Ergebnis der meisten empirischen Studien zu sein.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ein negativer Arbeitsmarkteffekt ist wirtschaftswissenschaftliches Grundwissen.



**Prof. Dr. Xenia Matschke** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik ,  
Universität Trier:

Preisuntergrenzen, ob beim Lohn oder anderswo, sind entweder nicht bindend und somit überflüssig oder aber binden und erzeugen so einen Angebotsüberschuss, auf dem Arbeitsmarkt also unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/  
Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Netto werden sich die vielerorts pro und con diskutierten Argumente ausgleichen. Schließlich wird der politische Druck so wachsen, dass kollektive Entscheidungen zu Mindestlöhnen die Folge sein werden.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die eventuell geringere Beschäftigung im Bereich mit neu eingeführten Minimallohn wird durch die positiven Effekte durch den Konsum und evtl. Absenkung der Lohnnebenkosten (weniger Hartz-IV-Empfänger) kompensiert.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Oder so gut wie keine, denn man gewöhnt sich sehr schnell an sich ändernde relative Preise.

**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität  
Münster:

Die Auswirkungen hängen davon ab, wer tatsächlich Anspruch auf den Mindestlohn haben wird.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der Effekt geht gegen null, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wichtiger ist als die Lohnstruktur.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie,  
Johannes-Gutenberg-Universität:

Solange Wasser nicht bergauf fließt, führen höhere Preise zu geringerer Nachfrage.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Diese Regelung würde nur einen Teilbereich des Arbeitsmarktes regulieren, insofern werden die Auswirkungen in den nächsten zwei Jahren gering sein. Wegen des Mindestlohnes wird kaum jemand entlassen, die Auswirkungen treten erst wegen der unterlassenen Neueinstellungen ein.

**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal  
Consors:

Mit dem Mindestlohn steigen auch die Anforderungen an die Produktivität der Mitarbeiter. Gerade im Bereich der geringqualifizierten Arbeitnehmer ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und mit einer Mehrbelastung des Sozialversicherungssystems zu rechnen.



**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik,  
Universität Dortmund:

Der Effekt hängt von der tatsächlichen Höhe ab.

**Prof. Dr. Christian Pfeifer** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Wahrscheinlich gibt es keine signifikanten Effekte auf die Beschäftigung.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Viele Unternehmen werden heute bereits über dem Mindestlohn zahlen. Die Unternehmen, die es sich nicht leisten können, müssen eventuell ihr Geschäftsmodell überarbeiten.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der angepeilte Satz ist nicht hoch.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Mobile Niedriglohnjobs werden verstärkt abgebaut und ausgesiedelt, damit gehen u.a. auch höher bezahlte Jobs verloren, sofern man an komplementäre "Arbeitsteams" denkt und nicht erwarten kann, dass eine Umverteilung in der Lohnstruktur eintreten wird. Die Politik denkt kurzfristig bis zu den Wahlen und evtl. an eine erhoffte Entlastung der Sozialhaushalte. Sie beachtet nicht die volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsverluste und Kosten der Maßnahme, sie will sich bewusst täuschen.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Wenige der Billigjobs werden entfallen, bei den übrigen werden die höheren Kosten – durch die ebenfalls erhöhte Kaufkraft – weitergegeben werden können.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA –  
Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Auf die Höhe kommt es an.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle  
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Auswirkungen eines Mindestlohns in der diskutierten Höhe wären minimal. Allerdings besteht eine Gefahr: Gibt es einmal einen Mindestlohn, der politisch beeinflussbar ist, wird er vielleicht – aus wahltaktischen oder ideologischen Gründen – zu schnell nach oben angepasst. Passiert das, kann er mittelfristig durchaus zu geringerer Beschäftigung führen.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität  
Viadrina Frankfurt/Oder:

Die positiven Effekte resultieren, weil die Arbeitsanreize für die privaten Haushalte steigen.



**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es mag Lohndrückerei geben, die beendet würde. Allerdings dürfte es eine Reihe von Arbeitsverhältnissen geben, die höhere Löhne nicht verkraften würden.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Ein Mindestlohn kann nur unter sozialpolitischen Gesichtspunkten befürwortet werden, positive Beschäftigungseffekte gehen von ihm nicht aus. Um negative Beschäftigungswirkungen zu vermeiden, ist bei seinem Niveau der Produktivität in der jeweiligen Branche Rechnung zu tragen.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Mindestlöhne machen die Beschäftigung gerade von gering Qualifizierten weniger attraktiv.

**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Um positive Kreislaufwirkungen wie z.B. in Großbritannien zu bewirken, müsste der Mindestlohn schneller und betragsmäßig kräftiger eingeführt werden. Auf der Insel hat er laut CEPR einige hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Ein Mindestlohn ist ein Arbeitsplatzkiller!

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Es kann zu höherer Beschäftigung für gut ausgebildete Fachkräfte kommen.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Keine generelle Auswirkung. Die Konjunktur ist kurzfristig noch hinreichend stabil. Wohl kann es aber zu geringerer Beschäftigung in einzelnen Branchen kommen.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Die nominale Lohnstarrheit und weniger Flexibilität ist in Zeiten schwacher Nachfrage ein Vorteil, wie u.a. ein Vergleich mit dem flexiblen Dänemark zeigt.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Bei der Debatte um Mindestlöhne besteht immer wieder die Gefahr, dass negative Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns und damit gerade die Arbeitsmarktchancen der Schwächsten – nämlich der gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen – aus dem Blick geraten.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Wirkung ist bei dieser Höhe des Mindestlohns in der kurzen Frist kaum spürbar. Die positiven und negativen Effekte dürften sich ausgleichen.



**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Die geplanten Lohnsätze sind so niedrig, dass keine gravierenden Beschäftigungsnachteile zu erwarten sind.

## **FRAGE**

---

**Auf dem jüngsten EU-Gipfel wurde ein umfangreiches Rettungspaket für Griechenland beschlossen: Demnach müssen sich führende Banken mehr Kapital besorgen, der Rettungsschirm EFSF wird aufgestockt, die Griechen bekommen ein neues Hilfspaket von 100 Milliarden Euro und private Gläubiger sollen über einen höheren Schuldenschnitt von 50 Prozent daran beteiligt werden. Nachdem der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou auch das geplante Referendum wieder gekippt hat: Erwarten Sie, dass sich mit dem neuen Paket die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise auf die Finanzmärkte auf Sicht von einem Jahr verringern?**

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Italien steht als nächstes Problem vor der Türe.

**Prof. Dr. Renate Ohr** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das grundlegende Problem der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands ist damit ja nicht behoben. Das Länderrisiko wird bestehen bleiben. Nachhaltig wird Griechenland nur der Austritt aus der Währungsunion helfen.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das Vertrauen der Finanzmärkte lässt sich nicht dadurch gewinnen, dass die Retter selbst immer höhere Risiken eingehen. Nur massive und unumkehrbare Reformen in Richtung fiskalischer Solidität könnten dies leisten, aber davon sind wir meilenweit entfernt.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Kurzfristig sind die Finanzmärkte beruhigt worden. Man hat mit dem Paket wahrscheinlich genug Zeit gekauft, um die nächsten 12 Monate ohne Kernschmelze an den Finanzmärkten zu überstehen.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das ist gewissermaßen die geordnete Insolvenz Griechenlands. Die erzeugt sicherlich weniger Chaos als eine ungeordnete.

**Prof. Dr. Xenia Matschke** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Griechenland ist aus europäischer Sicht recht klein, aber andere Euro-Wackelkandidaten sind deutlich größer und können die Eurozone noch ganz anderen Belastungen aussetzen. Es ist schon erschreckend, zu welchen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten schon die Querelen rund um das Rettungspaket für das kleine Griechenland geführt haben.



**Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker** Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/ Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Spekulationsintentionen am Kapitalmarkt werden nicht angegangen, sondern höchstens verlagert, z.B. auf Italien, Portugal oder Staaten außerhalb der EU.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Ein Austritt von Griechenland aus dem Euro-Raum wäre die bessere Lösung gewesen. Das Referendum wäre dafür der ideale Hebel gewesen, der weder Merkel noch Papandreu die Schuld des Scheiterns zugewiesen hätte. Griechenland ist mit dem jetzigen Lohnniveau in Euro in Tourismus und arbeitsintensiver Landwirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Griechenland wird dann unser von allen Euro-Ländern finanziertes Luxusgut und Kulturmuseum.

**PD Dr. Jochen Kurt Hartwig** Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Das Paket ist noch nicht das letzte Wort, leistet aber einen positiven Beitrag.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das Griechenlandproblem ist viel zu klein, um langfristig Probleme zu machen, wenn man sich für die ohnehin unumgängliche Transferlösung entscheidet. Die überzogene Hysterie beruht vor allem auf dem Kampagnen der Medien nach dem Prinzip "bad news is good news", hat aber durch die Reaktionen realitätsfremder Entscheider an den Finanzmärkten negative Wirkungen.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Das Beispiel Commerzbank, die sich ganz aus der Staatsfinanzierung zurückzieht, wird Schule machen. D.h. es wird immer weniger Investoren geben, die Staatspapiere kaufen.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist noch immer nicht erkennbar, wie die EU das strukturelle Problem lösen will. Insofern ist nicht klar, wo die Beruhigung der Finanzmärkte herkommen soll.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Bei dem Verwirrspiel der Politik ist jede Prognose umsonst.

**Prof. Dr. Oliver Holtemöller** Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Ich erwarte nur eine vorübergehende Beruhigung, da die grundlegenden Probleme, wie die institutionelle Unterbindung übermäßiger Staatsschulden, noch nicht gelöst sind. Ein glaubwürdiger Krisenpräventions- und Krisenreaktionsmechanismus ist erforderlich, der auch einen Insolvenzmechanismus für Staaten beinhaltet.





**Prof. Dr. Aloys Prinz** Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weder ist die kurzfristige Staatschuldenkrise beendet noch das Problem der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit gelöst.

**Prof. Dr. Ulrich Pfister** Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Rekapitalisierung begünstigt deleveraging; eine Beteiligung Privater an dem Schuldenschnitt erhöht das Risikobewusstsein und reduziert das Potential für opportunistisches Verhalten Privater.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Weil dann Italien an der Reihe ist.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Kredite werden gegen Bedingungen gegeben. Deren Einhaltung wird dem Land nicht gelingen.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es hängt jetzt alles daran, dass Italien und Griechenland eine handlungsfähige Regierung haben.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die griechischen Schulden unter Einbeziehung der heimlichen Staatsschuld belaufen sich auf mindestens 800 Prozent des BIP!

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Schuldenschnitt fällt zu gering aus, um Griechenland wirksam zu helfen. Außerdem wird er mittelfristig – und nicht nur in Griechenland – die Anreize senken, Sparprogramme wirklich umzusetzen.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die beschlossenen Maßnahmen – mit Ausnahme des Schuldenschnitts – lösen keine Probleme, insbesondere die Wettbewerbsschwäche Griechenlands bleibt unverändert.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Krise wird binnen eines Jahres wahrscheinlich abkühlen. Welche Höhen sie zwischenzeitlich noch erreicht, ist aber unklar, und dass das jüngste Rettungspaket hier dämpfend wirkt, ist eher zweifelhaft.



**Stefan Maly** Deputy Team Head Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors/Cortal Consors:

Der Schuldenschnitt ist noch nicht ausreichend, um die griechischen Staatsschulden auf ein nachhaltiges Niveau zu senken. Zudem ist die Schlagkraft des EFSF wahrscheinlich immer noch zu gering, um eine Ansteckung z.B. Italiens vermeiden zu können.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:  
Das Beispiel Griechenland wirkt abschreckend auf andere Schuldenmacher

**Prof. Dr. Christian Pfeifer** Institut für VWL, Universität Lüneburg:  
Aber vermutlich nur geringe Effekte.

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wir haben eine Vertrauenskrise und eine politische Krise in Europa. Diese wird deutlich länger als ein Jahr anhalten. Um die hohen Schuldenstände einiger Länder ernsthaft und spürbar zu reduzieren, braucht es vielleicht sogar ein ganzes Jahrzehnt.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Eurozone ist auf einem richtigen Weg: Krisenbekämpfung und glaubhafte, staatliche Sparprogramme.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Die Politik hat in den letzten 1 1/2 bis 2 Jahren viel an Glaubwürdigkeit verspielt. Das wird sich kaum schnell beheben lassen. Es kommt darauf an, ob und inwieweit Reformen zeitnah und effizient auch von der Verwaltung umgesetzt werden.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die genannten Zahlen stellen nur einen Teil dar, aber mit jeder weiteren Maßnahme wächst das "Loch". Darüberhinaus werden ganz allgemein das Vertragsrecht und die Haftungsgrundsätze zerstört durch politische Beliebigkeit. Es ist wie im Kasino, die politische Vorstellung von dem sicher kommenden Gewinn lässt die Süchtigen letztlich Haus und Hof und Familie setzen.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Die Staatsschuldenkrise wird sich verschärfen, solange keine Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene bestehen, die die wachsende Verschuldung der Staaten wirksam bremsen.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Zumindest wird das Rettungspaket zu einer gewissen Beruhigung der Finanzmärkte beitragen, vorausgesetzt, damit verbunden sind auch klare und erkennbare Schritte zur Konsolidierung der Staatshaushalte, vor allem in den betreffenden Schuldenländern. Ansonsten wird sehr schnell deutlich, dass auch das derzeitige Rettungspaket nicht reicht und die Maßnahmen verpuffen. Das kann auch sehr schnell gehen.



**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Allerdings ist das wahre Problem nicht Griechenland, sondern die Überschuldung einiger anderer, größerer Euro-Staaten.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Das Paket ist jedoch nicht die Hauptursache für eine Entspannung.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Um die Schuldenkrise zu lösen, kommt man um institutionelle Reformen nicht herum. Dazu gehört, dass die EZB stärker in der Pflicht ist und die Fiskalpolitik stärker vereinheitlicht wird. Insbesondere für die Defizitländer muss die EU die Kompetenz haben, Haushalte festzulegen.

**PD Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Der signifikante Schuldenschnitt bringt endlich eine Annäherung an eine dauerhafte Lösung der griechischen Überschuldung. Die bisherige Politik der Verdrängung des Problems ist damit beendet. Dieser neue Realismus ist Voraussetzung für eine Beruhigung der Lage.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Erst wenn die Rettungsschirme eingestellt werden, kann die Krise beendet werden.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der erzielte breitere politische Konsens ist ein wesentlicher Fortschritt für Griechenland. Denn auf diese Weise können die Konsolidierungsziele trotz der schlechten Wirtschaftsentwicklung erreicht werden. Sofern die Beschlüsse des Brüsseler Gipfels konsequent und rasch umgesetzt werden, dürfte dies sicherlich zur Beruhigung der Finanzmärkte beitragen.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Entlastung bringt das Paket schon, allerdings dürften die Probleme damit keineswegs gelöst sein.

**Prof. Dr. Wolfram Elsner** Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Man kann auch mit einem gehebelten Wettvolumen von bis zu 2 Bill. € nicht gegen ein mehrfach höheres privates Wettvolumen (v.a. gegen Griechenland und Italien) anwetten. Die Steuergelder für die erneute Bankenrettung werden für die Fiskalsanierung oder gar für Wachstumsimpulse wiederum fehlen.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die Politik erweckt immerhin den Eindruck einer gewissen Entschlossenheit.



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Unsicherheiten auf dem Markt für Staatsanleihen werden lediglich in einem der kleinsten Marktsegmente reduziert.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Das Grundproblem mangelnder politischer Governance ist damit nicht gelöst. Damit erkaufte man sich höchstens Zeit.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Der EFSF ist zu klein, nur die EZB kann als "lender of last resort" die aufkommende Panik auf den Finanzmärkten ersticken. Es handelt sich in Italien und Frankreich um eine Liquiditätskrise. Griechenland kommt ohne europäische Hilfe zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit wohl nicht mehr auf die Beine. Das Austeritätsprogramm sollte schnell gestoppt werden.

**Dr. Alexander Schumann** Chefvolkswirt, DIHK:

Der Pakt schafft in einem schwierigen Umfeld die Voraussetzungen dafür, Griechenland wieder auf die Beine zu bekommen. Freilich stehen wir bei den eigentlichen Problemlösungen – die Staatshaushalte daheim zu sanieren und die Wettbewerbsfähigkeit in vielen Euro-Ländern zu steigern – erst am Anfang. Immerhin haben auf dem Gipfel auch andere Länder wie Italien konkreten Maßnahmen zugesagt.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Nur harte Restriktionen zum Abbau der Staatsschulden würden helfen. Günstige Schuldenaufnahme bei der Gefahr der Überschuldung in Aussicht zu stellen, ist das Gegenteil von einer harten Restriktion. Insofern werden die Ausgaben und Schulden in den kriselnden Staaten nur zögerlich, wenn überhaupt, zurückgeführt. Das Problem bleibt somit auf der Agenda.

**Dr. Eckhard Wohlers** Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Die Maßnahmen könnten kurzfristig zu einer Entspannung an den Finanzmärkten beitragen. Eine nachhaltige Lösung bieten sie jedoch noch nicht. Insofern wird die Unsicherheit an den Finanzmärkten hoch bleiben.